

Für einen heißen Herbst gegen die eiskalte
Durchsetzung von Profitinteressen



Mit Regierung und
Unternehmern
französisch reden!



V.l.S.d.P.: Aron Amn, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin

SAV Sozialistische
Alternative

www.sozialismus.info • info@sav-online.de • 030 / 247 238 02

Alle gemeinsam – protestieren, demonstrieren, streiken!

Höchste Zeit, gegen die Vorhaben der Unternehmer und ihrer Regierung Widerstand zu organisieren. Die DGB-Gewerkschaften sind mit sieben Millionen Mitgliedern nach wie vor die potenziell stärkste Kraft in der Gesellschaft. Aber die heutige Gewerkschaftsführung tut nichts, dieses Potenzial zu nutzen. DGB-Chef Sommer und Co. akzeptieren das kapitalistische System und lassen sich auf Konkurrenzkampf und Verzichtslöge ein – eine endlose Spirale nach unten.

Für den 21. Oktober planen die DGB-Oberen einen Aktionstag. Im DGB werden schon wieder Stimmen laut, die diesen Termin in Frage stellen. Darum gilt es jetzt, Konferenzen zu organisieren, auf denen betriebliche und gewerkschaftliche AktivistInnen, aber auch Akteure der sozialen Bewegungen diskutieren, wie der 21. Oktober zu einem Erfolg gemacht werden kann. Nötig ist Druck auf den DGB. Am 21. Oktober müssen Demos stattfinden, zu denen massenhaft mobilisiert wird. Mit den Vorbereitungen muss jetzt begonnen werden. Erforderlich sind Betriebsversammlungen, Veranstaltungen und Vertrauensleutekonferenzen, möglichst

Kahlschlagspläne der Konzernchefs

- Die Allianz will bis 2008 7.500 Arbeitsplätze vernichten, nachdem sie ihren Gewinn 2005 um 30 Prozent auf 4,4 Milliarden Euro erhöhen konnte
- Seit Juni letzten Jahres kündigten DaimlerChrysler, Siemens, Telekom, VW, Bayer, Commerzbank und HypoVereinsbank den Wegfall von 86.900 Jobs an

Die Zahl der deutschen Konzerne, die netto eine Milliarde Gewinn verdient, ist 2005 von 14 auf 21 gestiegen.

(FAZ vom 4. Juli)

unter Beteiligung der sozialen Bewegungen – für die eigenständige Mobilisierung an der Basis und für örtliche Aktionen.

Kämpfen wie in Frankreich

In Frankreich waren in diesem Frühjahr zwei nationale Streiktage und die Androhung eines Generalstreiks nötig, nur um eine weitere Demontage des Kündigungsschutzes abzuwenden. Auch hier werden

Verarmungspolitik der Großen Koalition

- Mit dem „Gesetz zur Optimierung“ von Hartz IV kann das ALG II bei der Ablehnung von drei Arbeitsgelegenheiten (auch Ein-Euro-Jobs) komplett gestrichen werden
- Die Gesundheitsreform bedeutet eine weitere Entlastung der Konzerne und eine weitere Belastung der Versicherten
- Die Föderalismusreform forciert die Einführung von Studiengebühren und die geplante Verlängerung der Ladenöffnungszeiten
- Bis Jahresende soll die Rente mit 67 beschlossen werden
- Während die Mehrwertsteuer ab 2007 um drei Prozent steigt, sollen die Unternehmenssteuern um ein Viertel sinken

Das Privatvermögen beträgt 4.260 Milliarden Euro. Die Hälfte davon ist in den Händen von zehn Prozent der Bevölkerung.

(FAZ vom 20. Juni)



Kassel, 12. Juni: Gemeinsamer Protest von Beschäftigten und StudentInnen

Streiks nötig sein, um die Rotstiftpolitik zu stoppen. Es gilt, die Herrschenden da zu treffen, wo es wirklich weh tut: bei den Profiten. Der 21. Oktober muss deshalb als Auftakt für weitergehende Proteste genutzt werden. Der DGB sollte auf einen bundesweiten eintägigen Generalstreik hinarbeiten. Da auf die DGB-Spitze kein Verlass ist, sollten die Mobilisierungskonferenzen vor dem 21. Oktober auch über die Vorbereitung von Streiks diskutieren. Örtliche und regionale Protest- und Streiktage könnten erste Schritte sein.

Es führt kein Weg daran vorbei, eine programmatische und personelle Alternative zur heutigen DGB-Führung aufzubauen. Darum ist die Vernetzung kämpferischer KollegInnen und die Organisation von innergewerkschaftlicher Opposition geboten.

Mit der Profitlogik brechen

Die Bundestagsfraktion der Linken ist gefordert, mit aller Kraft zu den Protesten zu mobilisieren. Auch die Funktionsträger der Linkspartei, PDS und der WASG auf anderen Ebenen müssen ihre Positionen nutzen, um den Widerstand zu stärken. In jeder Talkrunde, bei jedem Parlamentsauftritt sollte für die anstehenden Demotermine geworben werden.

Die Linke muss in Theorie und Praxis jede Sozialkürzung konsequent ablehnen. Davon

kann bei ihrer Regierungsbeteiligung in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und in vielen Kommunen leider keine Rede sein. Selbst im Konjunkturaufschwung werden neue Kürzungspakete geschnürt und Massenentlassungen vorgenommen. Begründet wird das mit der globalen Konkurrenz. Es gibt aber keinen Punkt, an dem die Wettbewerbsfähigkeit erreicht wäre. Die Lösungen der Marktwirtschafts-Prediger sind keine Lösungen. Darum muss das kapitalistische System selber überwunden und durch eine sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft ersetzt werden.

Fließbandarbeit im Gesundheitswesen

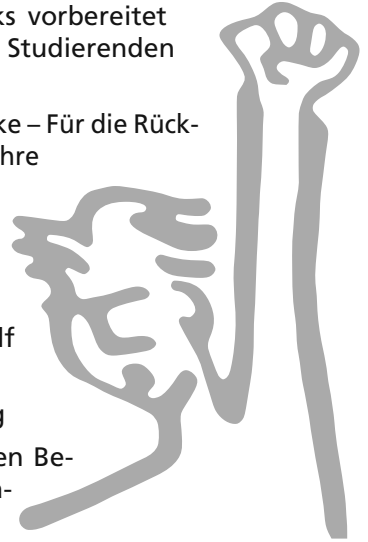
- In einer Klinik nach der anderen werden (Teil-)Privatisierungen durchgezogen
- Mit dem Tarifvertrag zur Zukunftssicherung der Krankenhäuser (ZuSi) sollen die Beschäftigten auf bis zu zehn Prozent ihrer Löhne verzichten

Die Lebenserwartung der Männer aus den oberen 25 Prozent der Einkommen ist um zehn Jahre höher als diejenige der unteren 25 Prozent, bei Frauen sind es fünf Jahre.

(Der Spiegel 51/2004)

Wofür wir stehen:

- Für Großdemos gegen Regierung und Unternehmer. Den DGB-Aktionstag am 21. Oktober jetzt vorbereiten und mobilisieren – durch Gewerkschaften, WASG, Linkspartei.PDS und Akteuren der betrieblichen und sozialen Bewegungen
- Für Mobilisierungskonferenzen und Veranstaltungen, für Betriebsversammlungen und Vertrauensleutekonferenzen – zur Vorbereitung vom 21. Oktober und örtlichen Aktionen bis hin zu Streiks danach
- Druck auf die DGB-Spitze machen, damit Streiks vorbereitet werden - am Besten alle Beschäftigten, Azubis, Studierenden und SchülerInnen bundesweit an einem Tag
- Gegen Sozialkürzungen und Unternehmergehenke – Für die Rücknahme aller Kürzungen der letzten Monate und Jahre
- Gegen Arbeitsplatzabbau und Hartz IV – Für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als erster Schritt zur Verteilung der Arbeit auf alle
- Gegen Billigjobs - Für einen Mindestlohn von zwölf Euro brutto pro Stunde
- Gegen Studiengebühren - Für kostenlose Bildung
- Statt Produktion für den Profit Planung nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur – für eine sozialistische Demokratie



-
- Ich möchte weitere Informationen über Euch
 - Ich möchte die Solidarität - Sozialistische Zeitung abonnieren. **Kosten und Bedingungen für das Abo:** 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.
 - Ich möchte ein Förderabo der Solidarität - Sozialistische Zeitung mit einer monatlichen Spende von ____ Euro (ab 3 Euro pro Mon.)
 - Ich will Mitglied der SAV werden

Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 Euro/20 Euro oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.

.....
Name

.....
Straße

.....
Postleitzahl Ort

.....
Telefon/Email

.....
Name KontoinhaberIn Kontonummer

.....
Bank Bankleitzahl

.....
Datum Unterschrift

Bitte senden an: SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin